

A3 FEMINISTISCHE AUSSENPOLITIK UND MENSCHLICHE SICHERHEIT

Antragsteller*in: Ursula Hertel-Lenz

Tagesordnungspunkt: 5 TOP 5: Diskussion und Abstimmung über Anträge inkl. Änderungsanträge

Antragstext

1 Der völkerrechtswidrige russische Angriff auf die Ukraine und der brutale Krieg
2 gegen die ukrainische Zivilbevölkerung machen das Konzept der Bundesregierung,
3 eine feministische Außenpolitik zu verfolgen, keineswegs unbrauchbar. Bei allen
4 Maßnahmen, die ergriffen werden, müssen die Folgen für die Menschen mitgedacht
5 werden – ob in der Ukraine, in Russland oder anderswo. Das heißt zum Beispiel,
6 Wirtschaftssanktionen möglichst zielgerichtet gegen die russische Machtelite
7 einzusetzen. Die Forderungen feministischer Außenpolitik nach einem Leben in
8 Freiheit und Würde knüpfen an den erweiterten Sicherheitsbegriff der Vereinten
9 Nationen an.

10 Der mutige Widerstand der Ukrainer*innen gegen die russische Invasion, für
11 Frieden und Freiheit, muss unterstützt werden, wo immer es möglich erscheint.
12 Die Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen und der Verstöße gegen das
13 Völkerrecht muss vorgenommen und mit den nötigen Ressourcen und Kapazitäten
14 ausgestattet werden. Humanitäre Hilfe, Schutz für alle Menschen, die vor dem
15 Krieg fliehen müssen, und das Einhalten von Asyl- und Menschenrechten an den EU-
16 Grenzen sollten selbstverständlich sein.

17 Deutschland, die EU und die internationale Gemeinschaft müssen alles in ihrer
18 Macht Stehende tun, um zur Beendigung dieses völkerrechtswidrigen und
19 verbrecherischen Krieges gegen die Ukraine beizutragen. Eine weitere Eskalation
20 und immer weitere Zerstörungen müssen verhindert werden.

21 Es ist sehr schwierig, den humanen Wunsch, weitere russische Angriffe zu
22 stoppen, gegen die Risiken eines noch größeren Krieges, einschließlich der
23 Möglichkeit eines Einsatzes von Atomwaffen, abzuwägen. Rufe nach einer
24 Flugverbotszone über der Ukraine sind zwar nachvollziehbar, aber eine
25 Flugverbotszone verbietet sich - ebenso wie ein Nato-Einsatz in der Ukraine
26 insgesamt - wegen des damit verbundenen erheblichen Eskalationspotenzials.
27 Unabhängig davon steigt auch die Gefahr, dass Putin Atomwaffen einsetzt, je
28 länger der Krieg dauert und je stärker der ökonomische Druck durch die
29 Sanktionen auf Russland wird.

30 Es ist also dringend notwendig, diplomatische Lösungen durch Verhandlungen zu
31 finden. Teil einer möglichen Exitstrategie aus dem Krieg könnte es sein, Putin
32 im Gegenzug für einen sofortigen Waffenstillstand und einen vollständigen
33 Truppenrückzug die Aufhebung der Wirtschafts- und Finanzsanktionen in Aussicht
34 zu stellen.

35 Weiterhin sollten vertrauensbildende Maßnahmen, konventionelle Rüstungskontrolle
36 und Schritte zur nuklearen Abrüstung in die diplomatischen Bemühungen um einen
37 Waffenstillstand einbezogen werden. Beziehungen mit zivilgesellschaftlichen,
38 wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen in Russland, die nicht dem
39 Kreml zuarbeiten, sollten möglichst aufrechterhalten werden.

40 Die internationale Gemeinschaft hat sich mit der Resolution der
41 Generalversammlung vom 2. März 2022 klar hinter die Ukraine gestellt. Russland
42 wird aufgefordert, unverzüglich die Kampfhandlungen auf ukrainischem
43 Staatsgebiet einzustellen und seine Streitkräfte abzuziehen. In
44 Folgeresolutionen könnte die Generalversammlung nichtmilitärische
45 Zwangsmaßnahmen wie den Abbruch diplomatischer Beziehungen oder einheitliche
46 ökonomische Sanktionen empfehlen. Friedenspolitische Instrumente der VN wie
47 Sondergesandte mit einem Vermittlungsauftrag oder Blauhelmtuppen könnten
48 infolge von Verhandlungen zum Einsatz kommen.

49 Feministische Außenpolitik ist kein realitätsfernes Konzept, im Gegenteil. Nur
50 mit einem erweiterten Begriff von Sicherheit lassen sich die globalen
51 Herausforderungen angemessen erfassen. Ein sicherheitspolitischer Diskurs, der
52 militärischer Logik verhaftet bleibt, bietet weder eine umfassende Antwort auf
53 die jetzigen noch auf zukünftige Herausforderungen. Die Rhetorik eines neuen
54 Kalten Krieges wird uns einer nachhaltigen europäischen Friedensordnung nicht
55 näherbringen.